

Nach langer Debatte im entsprechenden Fachausschuss, sollen nun die Bebauungs- und Ansiedlungspläne zum neuen Discounter in Unna-Massen per Bürgerbefragung begleitet werden.

Als WfU stehen wir für Bürgerbeteiligung, aber auch dafür, alle Beteiligten mitzunehmen.

Gut ist, dass man die Befragung in wissenschaftliche und professionelle Hände legen möchte. Damit sind nun mal die hohen Kosten von 30.000 € verbunden. Das ist aber vielleicht auch der Preis dafür, wenn man es vorher nicht schafft, die Leute neutral aufzuklären und mitzunehmen.

Irgendwann bestimmen dann diejenigen die Diskussion, die sich am präsentesten zu Wort melden, auch das verzerrt das tatsächliche Stimmungsbild.

Genau deshalb fordert der für die Umfrage angesprochene Dienstleister, dass die Umfrage ohne begleitende politische Einflussnahme erfolgen soll und dass die Fragestellungen unter den vorliegenden wissenschaftlichen Gesichtspunkten, auch nur von diesem erarbeitet werden.

Genau so soll das dann auch sein.

Insofern ist es kaum verständlich, dass Grüne und CDU in ihrem Antrag vom 16.02.2021 u.a. folgendes formulieren:

„Im Rahmen der Befragung wird eine Fragebogenkonferenz eingesetzt. Diese hat die Beratung, Finalisierung und Freigabe der Fragen zur Aufgabe und ist für die Planung und Organisation der Öffentlichkeitsarbeit zuständig (fachliche Umfeld Kommunikation).“

„Die Fragebogenkonferenz erhält explizit den Prüfauftrag, wie eine konkrete Frage nach dem Bau des geplanten Einkaufszentrums eingearbeitet werden kann.“

Da fragt man sich aber schon, wozu beauftragt man dann ein externes Unternehmen für 30.000 €, wenn man sich dann doch einmischen möchte und das, wo sich insbesondere die Grünen explizit gegen den Neubau ausgesprochen haben. Wie „neutral“ soll das dann ablaufen? Zumal diese Vorgaben genau dem widersprechen, was durch das kommunale Meinungsforschungsunternehmen zur Durchführung der Bürgerbefragung eingefordert wurde.

Was darf man überhaupt von dieser Bürgerbefragung erwarten?

Kein eindeutiges Votum für oder gegen die Bebauungspläne, das kann auch gar nicht so sein. Es wird lediglich ein Stimmungsbild ergeben, auch zum Einkaufsverhalten der betroffenen Bevölkerungsteile Unnas. Am Ende muss man auch festhalten:

Wo und wie sich Discounter ansiedeln unterliegt zunächst insbesondere betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten der einzelnen Unternehmen und keiner Entscheidung durch die Bürger.

Dazu gehört auch immer die Standortwahl, etwaige Alternativstandorte, die immer wieder in die Diskussion gekommen sind, wie das Gelände des ehemaligen Freizeitbades Massen, wurden seitens der Investoren aus unternehmerischer Sicht ausgeschlossen und kommen auch im Hinblick auf die Vorgaben der Stadtentwicklung nicht in Frage.

In diesem Fall haben sich die Unternehmen Lidl und Edeka eigentlich schon entschieden. Zwischen Investor und Besitzer der in Frage stehenden Fläche (das ist nicht die Kommune) wurde ein entsprechender Vertrag aufgesetzt, der auch gar nicht Gegenstand öffentlicher Entscheidung ist.

Bei der Standortwahl und deren Genehmigung hat die Kommune die Vorgaben der BauNVO zu beachten und entsprechende Entscheidungen werden dann von der Bezirksregierung auch überprüft. Wenn formaljuristisch diese Vorgaben erfüllt werden, auch von Investoren, dann ist es erstmal schlicht nicht möglich, die Genehmigung einfach zu versagen.

In jedem Fall ist eine Beteiligung der betroffenen Bürger aber zu unterstützen und dazu steht WfU fraglos.

Besonders sinnvoll ist es aber dann, diese Befragung in neutrale und professionelle Hände zu geben, weil dann auch darin die Chance besteht den Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung wieder neu aufzunehmen und vielleicht verhärtete Fronten aufzubrechen. Dann ist die in Rede stehende Summe überaus sinnvoll angelegt.

Der Vorstand und die Fraktion WfU